

Tabuthema: Extremistische, islamische Ausländerorganisationen

Graue Wölfe schlagen zu

Im Januar reichte ich einen parlamentarischen Vorstoss ein, welcher auf die Gefahren von extremistischen islamischen Organisationen im Kanton St.Gallen hinweist. So führen etwa die «Grauen Wölfe»

Lukas Reimann
Kantonsrat und
Nationalrats-
kandidat, Wil



gemäss Bundesamt für Polizei Stützpunkte in Wil, St.Gallen und Heerbrugg. Nach neusten Ermittlungen neu auch in Buchs. Das Bundesamt schreibt dazu: «Den Mitgliedern der Grauen Wölfe wird in der Türkei die Ermordung von mehr als 5'000 Personen sowie Beteiligung an Folterungen angelastet.» Ich warnte, dass unsere Heimat nicht zum Schauplatz von Auseinandersetzungen gewalttätiger Ausländerorganisationen werden darf. Die Reaktion auf den Vorstoss war die altbekannte: alles nicht so schlimm. Man treffe sich ja ab und zu mit muslimischen Exponenten. Nur wenige Wochen später kam es in St.Gallen zu mysteriösen Kleberaktionen, massiven Drohungen und einem Brandanschlag auf ein türkisches Lokal, welches in Verbindung mit den Grauen Wölfen steht. Plötzlich sind die Verharmloser verstummt. Höppla, das ist ja tatsächlich eine Gefahr für unsere Sicherheit.

Perversion der Toleranz

Das gleiche Spiel läuft nun bei der Minarett-Diskussion: Alles nicht so schlimm. Man treffe sich ja ab und zu mit muslimischen Exponenten. Eine Motion der SVP-Kantonsratsfraktion, welche den Bau von Minaretten im Sinne der direkten Demokratie der obligatorischen Volksabstimmung unterstellen wollte, wurde abgelehnt. Die Minarett-Befürworter scheuen das Volk. Denn alle publizierten Umfragen zeigen, dass eine klare Mehrheit der Bevölkerung ein Minarett in ihrer Nachbarschaft ablehnt. Wohin soll diese ganze Anpassung an den Islam führen? Wie viele Sonderrechte müssen wir den Muslimen noch gewähren? Was dürfen wir heute noch tun, ohne den Islam zu «beleidigen»?

Die Religionsfreiheit ist unbestritten. Aber immer mehr wird sie gezielt missbraucht, um unsere Rechtsordnung zu umgehen und um Sonderansprüche durchzusetzen. Was ist mit den Christenverfolgungen in islamischen Staaten? Wieso werden Kreuze in Schulzimmern abgehängt, Schweinefleisch aus Schulkantinen verbannt und Schulweihnachten aus übertriebener Grosszügigkeit zunehmend abgeschafft, während Kopftücher und Minarette als Bereicherung gefeiert werden? Das ist eine Perversion der Toleranz! Genau so entstehen gefährliche Parallel- und Gegengesellschaft, wie sie im benachbarten Ausland bereits bekannt sind.

Schleichende Islamisierung

Bald leben 350'000 Muslime in unserem Land und jeden Tag werden es mehr. Die Schweiz verändert sich schleichend. Sie wird immer stärker islamisch geprägt. Wenn wir unsere Heimat, so wie wir sie kennen, nicht verlieren wollen, muss jetzt Schluss sein mit Anpassertum und Ablehnung der eigenen – über Jahrhunderte herausgebildeten – Werte. Für ein friedliches Zusammenleben aller Kulturen braucht es klare Regeln, die in Gesetzen festgehalten werden. Weil islamische Führer unsere Werte-Ordnung gezielt in

Frage stellen und geringschätzen, glauben immer mehr junge Muslime, öffentlich gegen unsere Rechtsordnung hetzen oder gar zu Gewalttaten aufrufen zu können. Statt gemeinsam unser Rechtssystem und die Werte der westlichen Kultur zu verteidigen, wird uns «Verständnis» für solche Entwicklung verordnet.

Werte-Debatte führen

Eine Debatte müsste über die unterschiedlichen und nicht vereinbaren Werte geführt werden. Freiheit versus Zwang, Gleichstellung versus Unterdrückung, Offenheit versus Intoleranz, Pressefreiheit versus Zensur, Rechtsstaat versus Willkürherrschaft, Demokratie versus Theokratie, Frieden versus Gewalt. Wer lieber nach der Scharia als nach der Bundesverfassung lebt, ist frei, auszuwandern. Wer lieber den Muezzin vom Minarett schreien hört statt die Kirchglocken läuten, kann jederzeit nach Bagdad oder Islamabad ziehen. In der Schweiz müssen sich nicht die Einheimischen dem Islam anpassen, sondern die Einwanderer uns. Wer als Einwanderer bereit ist, sich hier zu integrieren und unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung zu akzeptieren, ist willkommen. Wer aber gegen unsere Werte und Traditionen hetzt, soll zurück in ein islamisches Land! Allen radikalen Ausprägungen des Islams muss der Nährboden entzogen werden! Islamistische Hassprediger sind abzuschieben. Klar ist: Die Verantwortlichen in unserem Land müssen gegen muslimische Parallelgesellschaften vorgehen. Nur so ist ein friedliches Miteinander auch in Zukunft möglich. ■



Die Junge SVP sammelte 9'667 Unterschriften zur Erhaltung der Schulweihnachts-Feiern